



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Frankreichs Kriegsziel

Bainville, Jacques

Hamburg, 1939

4. Kapitel: 60 Millionen Deutsche als Schuldner von 40 Millionen Franzosen

[urn:nbn:de:hbz:466:1-74607](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-74607)

4. Kapitel

60 Millionen Deutsche als Schuldner von 40 Millionen Franzosen

Der Militäretat Frankreichs für das Jahr 1920 ist allein so hoch wie die gesamten Staatsausgaben der Haushaltsjahre vor dem Krieg, ungefähr 5 Milliarden. Für die neue Heeresverfassung konnte der Kriegsminister nicht mehr versprechen als die Rückkehr zur zweijährigen Dienstpflicht. Alle diensttauglichen Männer bleiben wehrpflichtig bis zum fünfzigsten Lebensjahre. Warum diese schwere Last, diese harte Anstrengung, nachdem Deutschland geschlagen ist? Weil, wie der Kriegsminister André Lefèvre es ausgedrückt hat, „Deutschland seine Niederlage nicht anerkennt“. Aber warum erkennt es sie nicht an? Warum ist der Gedanke einer deutschen Revanche so wenig absurd, daß wir gezwungen sind, zum System des bewaffneten Friedens zurückzukehren? Welches sind denn die Kräfte und die Einflüsse, die die Natur der Beziehungen bestimmen, in denen in Zukunft Frankreich und Deutschland leben werden?

Vom rein menschlichen Standpunkt aus ist es normal und natürlich, daß ein entscheidender Krieg, insbesondere wenn er Volk gegen Volk geführt worden ist, beim Besiegten ein Rachegefühl gegen den Sieger hinterläßt, während der Sieger, der seine Ziele erreicht hat, nicht begreift, warum der Besiegte feindliche Gefühle gegen ihn hegt. Das ist, kurz zusammengefaßt, die Geschichte der französisch-deutschen Beziehungen zwischen 1871 und 1914. Diese Geschichte war,

wenn man will, die eines ungeheuren Mißverständnisses, das aber auf seiten der Deutschen verhängnisvolle Folgen gehabt hat. Sein Ausgang war so, daß er im Lauf der Jahrhunderte in gleicher Weise die tragischen wie die satirischen Moralisten anregen wird. Die Sieger von Sedan haben ihren Sieg selbst in Frage gestellt. Bismarck hatte ihnen oft genug fluge Ratschläge wiederholt, die er dahin zusammenfaßte: *Quieta non movere*. Wenn ein Bismarck fehlte, so gebot schon der gesunde Menschenverstand — und das hinderte manche Franzosen, an die Möglichkeit eines Krieges zu glauben —, daß Deutschland es vermeiden mußte, irgend etwas in dem nach seiner Bequemlichkeit geordneten Europa zu zerstören und sich an dem Stand der Dinge zu vergreifen, dessen einziger Nutznießer es war und an dessen Aufrechterhaltung es selbst am meisten interessiert war. Das deutsche Kaiserreich hätte eine konservative Außenpolitik führen müssen. Statt dessen hat es die Aufgabe übernommen, alles umzustürzen. Woran lag dieser ungeheuerliche Irrtum?

Die Deutschen rühmen sich ihrer objektiven Methode, ohne Zweifel deshalb, weil sie die subjektivsten von allen Menschen sind. Man kann sagen, daß die Haltung Deutschlands Frankreich gegenüber vom Frankfurter Frieden bis zur Kriegserklärung einen Fall bemerkenswerten Mangels an Intelligenz darstellt. Von Anfang bis zu Ende hat es sich über das französische Volk getäuscht. Von einem ausgezeichneten Nachrichtendienst informiert, vergaßen die Deutschen nur eins ins Auge zu fassen: das, was alle Welt ohne Spione sehen konnte. Einer ihrer berühmtesten Karikaturisten hat schon vor langem folgendes Porträt des „Psychologen“ geschaffen: auf der Landstraße schreitet der Psychologe daher. Im Garten eines Landhauses hat sich eine Familie versammelt, und alle Welt sieht von draußen, was sie treibt. Aber der Psychologe schleicht sich heran, drückt sein Auge an

das Schlüsselloch und beobachtet voller Eifer. Ungefähr ebenso haben die Deutschen die französische Nation studiert und nicht gemerkt, was jeder wußte. Bismarck, später Wilhelm II. haben verschiedene Male versucht, die Freundschaft Frankreichs zu gewinnen. Sie haben es übrigens ohne Takt versucht, mit Brutalität, indem sie abwechselnd die warme und die kalte Dusche anwandten. Wie Carmen, schienen sie immer zu singen: „Und wenn ich lieb', nimm dich in acht.“ Außerdem hatten ihre Angebote einen Hintergedanken, der Frankreich in den Dienst der deutschen Politik stellen sollte. Als Bismarck unsere kolonialen Erwerbungen begünstigte, geschah das mit der Absicht, Frankreich mit Italien und mit England in Konflikt zu bringen. Die französische Diplomatie und noch mehr das französische Volk durchschauten mit richtigem Instinkt diese Berechnungen leicht. Frankreich blieb höflich und kühl. Dann drohte der verärgerte Deutsche und rechtfertigte damit unsere Zurückhaltung, ja, er rief unsere berechtigten Verteidigungsmaßnahmen hervor. Während 44 Jahren hat Deutschland Irrtum über Irrtum in seinen Beziehungen zu Frankreich begangen, weil es die elsass-lothringische Frage und die Frage unserer Sicherheit für nicht existierend hielt. Diese Fragen, die die ganze Welt kannte, stellte sich Deutschland nicht einmal. Es gründete seine ganze Politik auf die Verneinung dieser Wirklichkeiten. Eroberte französische Provinzen gegen den Willen ihrer Einwohner zu behalten, erschien ihm als die Ausübung seines natürlichen Rechtes. Sich unaufhörlich so zu bewaffnen, daß es jederzeit über seine Nachbarn herfallen konnte, war die Ausübung eines anderen Rechtes. Das waren die Bedingungen, unter denen Frankreich während nahezu eines halben Jahrhunderts dank seiner Mäßigung und würdigen Haltung in Frieden mit dem mächtigen Deutschland zu leben vermochte, ohne seine Un-

abhängigkeit Deutschland gegenüber zu verschmerzen. Während dieser Periode blieben die französisch-deutschen Beziehungen die gleichen, bis sie durch den Willen Deutschlands selbst abgebrochen wurden.

Tausend Jahre Geschichte hatten bereits mancherlei Wandlungen, manchen Umschwung der Lage zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich gesehen. Die Periode von 1871 bis 1914 hat eine ganz besondere Erfahrung geschaffen. Frankreich und Deutschland hatten ihre Einheit vollendet. Aber die Einheit Frankreichs war rein national, ohne eine einzige Gruppe, die sich dagegen auflehnte. Die deutsche Einheit umschloß Franzosen, Polen und Dänen, die mit Gewalt annektiert waren. Darüber hinaus war Deutschland, das früher eine Republik von Fürsten war, zu einer Militärmonarchie geworden. Frankreich war eine friedliche Demokratie. Zwischen einem Deutschland und einem Frankreich in solcher Verfassung konnte es kein Verhältnis, kein Gleichgewicht, keinen modus vivendi geben, außer in Gestalt des bewaffneten Friedens. Diese Erfahrung war kurz im Verhältnis zur Dauer der geschichtlichen Jahrhunderte. Aber sie war schlüssig. Deutschland selbst hat dafür den Beweis geführt. Es hat sich in den Krieg gestürzt. Deutschland, das die Vorteile aus dem Zustande zog, den Frankreich und Europa erduldeten, hat damit begonnen, ihn zu erschüttern.

Dieser Rückblick war unerläßlich, um die Zukunft klarzustellen. Wie ungeheuerlich die Ereignisse sein mögen (und es kann keine geben, die ungeheuerlicher sind als die des Weltkrieges), stets besteht eine Verbindung zwischen der Lage, die einem politischen Umsturz folgt, und der, die ihm vorhergeht. Die Kontinuität, das banale Gesetz der Geschichte, das mitten in den größten Umwälzungen sichtbar wird, erklärt sich einfach daraus, daß die Menschen, die große Wandlungen erleben oder sie herbeiführen, in der vorher-

gehenden Lebensform aufgewachsen sind und in ihr ihre Gewohnheiten und ihre Ideen gebildet haben. Die Ereignisse können sich schneller oder langsamer entwickeln, aber es widerspricht der Natur, daß sie in Sprüngen vor sich gehen. Die Generationen durchdringen sich zu sehr; es gibt zwischen den Greisen und den jungen Männern zuviel Zwischenstufen, als daß brüste Sprünge und vollständige Umwandlungen möglich wären. Dazu kommt alles, was sich nicht wandelt, das heißt die Gesetze, die den Völkern durch ihre geographischen und politischen Lebensbedingungen, durch ihre Interessen und ihren Charakter auferlegt sind. Die Ereignisse, die sich zwischen 1914 und 1918 vollzogen haben, mögen aussehen, als ob sie den gewöhnlichen Regeln nicht unterworfen wären, sie mögen einer Katastrophe gleichen, die tabula rasa gemacht hat; sie stehen trotzdem unter den Wirkungen ihrer Vorgeschichte und gehorchen damit einem allgemeinen Gesetz. Vom Kriegsausbruch bis zum Frieden hing ihr Verlauf zweifellos zu einem großen Teil vom Willen der Völker ab (die ihrerseits von ihrer Erbschaft bestimmt werden), aber zu einem andern Teil ist er durch Kräfte bestimmt, die nichts mit diesem Willen zu tun haben. Wir wollen nur ein Beispiel zitieren: War Clemenceau, der Chef der französischen Regierung während des letzten Teiles des Krieges, der Führer der französischen Delegation während der Vorbereitung des Friedensvertrages, nicht in der Versammlung von 1871 einer der republikanischen Deputierten, die mit Gambetta den Krieg bis aufs Messer wollten? War er nicht vor dem Sturz des zweiten Kaiserreichs als Republikaner in das politische Leben eingetreten, das heißt, mit dem romantischen Idealismus seiner Partei, als Anhänger des Nationalitätsprinzips und der Völkerverbrüderung, der Abrüstung und der Illusion von der Abschaffung des Krieges? Clemenceau gehört einer Generation

an, die man die der Weltausstellung von 1867 nennen könnte. In ihm treffen sich die meisten Strömungen des 19. Jahrhunderts, aber er hat seine größte Wirksamkeit im 20. Jahrhundert entfaltet. Dieser Fall genügt, um klarzulegen, welchen Einfluß die Vergangenheit auf diesen Konflikt gehabt hat, der wie eine Revolution und eine grundlegende Änderung der Verhältnisse erscheint. Was blieb im Verhältnis Frankreichs zu Deutschland von der Vergangenheit übrig, nachdem der Krieg geendet hat und der Friede geschlossen ist? Welche Elemente sind neu? Um uns in dieser Frage nicht zu verirren, müssen wir etwas weiter zurückgreifen.

*

In ganz großen Zügen läßt sich der geschichtliche Gesamtzusammenhang der Beziehungen zwischen dem französischen und dem deutschen Volk folgendermaßen zusammenfassen: es gab jedesmal einen Gegensatz, einen blutigen Konflikt, wenn Deutschland ein großes politisches Machtgebilde war, einerlei, ob es sich um das Deutschland Ottos IV. (Bouvines)¹, um Karl V. (zwei Jahrhunderte Kampf gegen das Haus Österreich) oder um die Hohenzollern handelte, trotz aller Unterschiede, die zwischen der Herrschaft Ottos IV., Karls V. und der Hohenzollern bestanden. Dagegen fanden immer, wenn Deutschland aus mehreren unabhängigen Staaten bestand, die nur durch das lockere Band eines Bundes mehr oder weniger zusammengehalten wurden, nur beschränkte Kriege ohne den nationalen Charakter statt, der sie so unerbittlich macht, ja, die verschiedenen deutschen Völker zeigten sich unter solchen Umständen der französischen Zivilisation zugänglich. Man kann keine Epoche nennen, in

¹ Der Welfe Otto IV. wurde als Bundesgenosse seines Onkels, des englischen Königs Johann ohne Land, von Philipp II. von Frankreich 1214 bei Bouvines geschlagen. D. U.

der sich ein starker deutscher Einfluß auf Frankreich nachweisen ließe. Dagegen gab es eine Epoche, in der Frankreich in Deutschland Bewunderer, Verbündete und Freunde gefunden hat: das war im 17. und 18. Jahrhundert, als das Reich nach einem Worte des Fürsten Bülow „ein auseinandergefallenes Mosaik“ darstellte, anstatt einen Nationalstaat zu bilden.

Die Erfahrung hat also gelehrt, daß die beiden Völker weder für einander unzugänglich noch zu einer Erbfeindschaft verdammt sind. Aber bisher hat diese Verständigung zwischen Deutschen und den Franzosen nur unter einer Bedingung erreicht werden können: daß Deutschland in seine natürlichen Bestandteile zerlegt war und nicht einen einzigen zentralisierten Staat mit politischer Macht bildete, die die militärische Macht erzeugt und sie sogar erfordert. Ein deutscher Staat in der Lage, die Deutschland im Herzen Europas einnimmt, ein Staat ohne feste Grenzen, mit überall umstrittenen Gebieten, mit Ausstrahlungen und Inseln des Deutschtums außerhalb seiner Grenzen, die einen offenen oder versteckten Irredentismus schaffen, solange eine deutsche Einheit als magnetischer Mittelpunkt besteht — ein solcher Staat braucht und fordert den Militarismus. Ob es der Militarismus der Ritter des Deutschen Ordens oder der der Reichswehr ist, macht keinen Unterschied. Das Deutschtum hat den Militarismus erfunden, weil es eine große militärische Stärke braucht, solange es der Ausdruck eines Staates, das heißt einer politischen Macht, ist. Oder, was auf dasselbe herauskommt, das Deutschtum ist, sobald es eine staatliche Organisation besitzt, überzeugt, daß es den Militarismus braucht, um zu bestehen und um seine mit verschiedenen fremden Rassen untermischten „Marken“ zu beschützen. Von der Verteidigung zum Angriff ist nur ein Schritt; die Motive sind die gleichen. Der Besitz eines großen militärischen In-

strumente flößt verhängnisvoll die Neigung ein, sich seiner zu bedienen. Darum waren die Sicherheit Frankreichs und die Ruhe Europas in alter und neuer Zeit unvereinbar mit einer starken politischen Organisation der Deutschen, einerlei, ob deren Sitz in Wien oder in Berlin war. Nicht nur die Geschichte Frankreichs, sondern auch die Polens und Böhmens führt zu derselben Schlußfolgerung.

Gibt es denn keinen Weg und keine Hoffnung, daß ein Deutschland, das auf seine gerechten Grenzen beschränkt ist und seine nationale Einheit ebenso wie Frankreich verwirklicht hat, in Harmonie mit seinen Nachbarn lebt? Könnte es nicht, wenn ihm sein Recht geworden ist, sein volles Recht, aber eben nur sein Recht, ein friedliches Mitglied der europäischen Völkerfamilie werden? Nehmen wir an, daß es in dieser Hinsicht von seinem Recht dieselbe Auffassung wie andere Völker hat. Wir befinden uns dann mitten in der politischen Tradition des Liberalismus. Wir stehen dann mitten im Nationalitätsprinzip, in der Hypothese, von der im Frankreich des vorigen Jahrhunderts die spekulative Diplomatie eines Napoleons III. und die experimentelle Diplomatie eines Thiers besessen waren. Von Michelet bis Jean Jaurès gab es eine ununterbrochene Schule, die bei uns den Standpunkt vertrat, daß ein Deutschland, dessen nationale Ansprüche befriedigt und in ihren gerechten Grenzen gehalten sind, nicht nur in guter Nachbarschaft, sondern in Freundschaft mit Frankreich leben könne, und daß dieses große Deutschland für die sittliche Harmonie der Welt unentbehrlich sei. „Gott gebe uns“, sagte Michelet¹, „ein großes Deutschland zu erleben! . . . Das europäische Konzil bleibt unvollständig und unharmonisch, ein Gegenstand grausamer Pläne, gottloser Kriege der Könige, solange die

¹ In seinem Buch „Unsere Söhne“, dessen Vorwort vom Oktober 1869 datiert ist.

hohen Geister der Völker nicht in ihrer Majestät in diesem Konzil Platz nehmen und dem brüderlichen Gleichgewicht der Welt ein neues Element der Weisheit und des Friedens hinzufügen.“ Warum hat sich dieser Traum nicht verwirklicht? Michelet hat lange genug gelebt, um es zu sehen. Im Februar 1871 schrieb er unter dem niederschmetternden Eindruck der Enttäuschung: „Wir haben stets die deutsche Einheit gewünscht, aber die wahre, freiwillige Einheit, nicht diese wilde, gewalttätige und auf unwürdige Weise erzwungene Einheit.“ Um seine früheren Gefühle mit seinen heutigen zu vergleichen, gedachte er seiner Bewegung, der Empfindung des ganzen republikanischen Paris, „als wir beim Fest am 4. März 1848 vor der Madeleine-Kirche unter den Nationalfahnen, die die Emigrantenabordnungen jedes Landes trugen, die große Fahne Deutschlands sahen, so edel, schwarz, rot und gold, die heilige Fahne Luthers, Kants und Schillers, Beethovens...“ Diese schwarz-rot-goldene Fahne weht heute über der neuen deutschen Republik. Wird der Wunsch Michelets in Erfüllung gehen?

Aber die Ereignisse folgen niemals dem Weg, den man ihnen vorzeichnet, insbesondere wenn man Wunschbilder an die Stelle der Wirklichkeit setzt, was nach den Worten Bossuets „die größte Geistesstörung“ ist. Nach Michelet hat Jaurès den Gedanken wiederaufgenommen, daß ein großes Frankreich und ein großes Deutschland von Natur Freunde sein würden, wenn die deutsche Einheit friedlich, durch den Liberalismus und die Demokratie geschaffen werde... Kann etwas wirklichkeitsfremder sein? Denn wir wissen nur eins, aber das sicher, daß nämlich die deutsche Einheit, die im Jahre 1848 auf Grund der Ideen des Liberalismus und der Demokratie angestrebt wurde, nicht zustande kam und daß sie 1866 und 1870 durch Bismarck und die Hohenzollern geschaffen wurde durch die Diplomatie und durch den Krieg,

durch die Gewalt und durch die Eroberung, mit Blut und Eisen. Kein Bedauern, keine Hypothesen, keine Prophezeiungen der Vergangenheit, keine Utopie werden an dieser Tatsache etwas ändern. Was gewesen ist, ist gewesen. In ihrer ersten und ursprünglichen Gestalt, der einzigen, die es je gegeben hat, konnte die deutsche Einheit keine Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich hervorrufen. Im Jahre 1919 hat die deutsche Einheit die Niederlage, den Sturz der Hohenzollern und den Vertrag von Versailles überlebt. Die Alliierten haben sie nicht nur respektiert, sondern sie haben ihr sogar ihr Siegel aufgedrückt und ihr die völkerrechtliche Grundlage gegeben, die ihr seit 1871 gefehlt hat. Das übrige hat die Nationalversammlung von Weimar besorgt. Sie hat die nationale Einheit straffer ausgebildet. Das Reich Wilhelms II. war trotz allem ein Staatenbund. Das republikanische Reich ist zentralisiert und kennt nur noch „Länder“. Dieses noch straffer als früher geeinte Deutschland hat wieder durch einen Krieg, diesmal durch einen unglücklichen, seine Verschmelzung vollzogen. Und der Umstand, daß das neue Deutschland durch die Niederlage bestimmt ist, lastet auf ihm und der Zukunft der französisch-deutschen Beziehungen genau so wie der Umstand, daß die Reichsgründung von 1871 durch den Sieg bestimmt war.

Während der Diskussion über den Friedensvertrag hörten wir von der Kammertribüne die Gedankengänge Michelets, Napoleons III. und Jaurès' wiederholen. Man hat uns gesagt, daß das von seinen Hohenzollern befreite und zur Demokratie und dem Liberalismus bekehrte Deutschland groß sein könne und solle, daß seine Einheit notwendig und wohltätig sei, daß das neue, gereinigte, zu seinem Heile von seinen nichtdeutschen Teilen entlastete Deutschland in Brüderlichkeit mit seinen Nachbarvölkern zusammenleben

werde. Das ist die reine Doktrin des Nationalitätsprinzips, für die die deutsche Nationalität das gleiche Recht wie die andern Nationalitäten hat, so daß sie mit ihnen und gleich ihnen den großen Bund der Menschheit bilden soll.

Nachdem das Nationalitätsprinzip fünfzig Jahre geruht hatte, wurde es wiederauferweckt und auf die Standarten der Alliierten geschrieben; es wurde mit aller Strenge angewandt, deren die menschliche Wirklichkeit und der theoretisierende Geist der Friedensschöpfer fähig war. Aber wie 1866 und 1870 konnte man das Nationalitätsprinzip nicht anwenden, ohne unter dem Druck der Notwendigkeit und der Politik, des Krieges und der Geschichte Abweichungen zuzulassen. Wie früher löste es sich in Widersprüche auf. Es hinterließ Enttäuschungen und Rachegefühle. Das trifft für einige alliierte Länder zu; wieviel mehr noch für Deutschland! Man könnte sagen, daß auf der deutschen Einheit ein Verhängnis liegt, das sie mit der Versöhnung Europas unvereinbar macht.

Wenn die deutsche Einheit, so wie sie aus den Siegen von 1866 und 1870 hervorgegangen war, kein Unterpfand der Brüderlichkeit und des Friedens sein konnte, so läßt es sich von der deutschen Einheit, wie sie aus der Niederlage hervorging, nicht besser erwarten. Zur Vereinfachung der Darstellung wollen wir einmal annehmen, daß Deutschland republikanisch bleibe und eine Demokratie nach der Art und der Auffassung der westlichen Völker bilde. Dieses demokratische Deutschland hat den Alliierten die Kriegskosten zu bezahlen, die ungeheuren Schäden wiedergutzumachen, die ihm zur Last gelegt worden sind. Kann man ihm diese Verpflichtung erlassen? Nicht ohne die Völker zu ruinieren, die die Opfer seines Angriffs waren. In jeder Hinsicht wäre es unmöglich, Deutschland straflos zu lassen. Es wäre ein Skandal, eine Prämie auf die politische Unmoral, eine Ermuti-

gung, wieder dasselbe Spiel zu beginnen. Das Ergebnis ist, daß 60 Millionen Deutsche¹, die einen einzigen Staat bilden und auf eine große Vergangenheit zurückblicken, verurteilt sind, einen Tribut zu leisten, dessen Zahlung sich mindestens über zwei Generationen hinziehen wird. Obwohl diese Zahlung gerecht und für uns sogar unzulänglich ist, so wird sie doch von Deutschland als ungeheuerlich und ungerecht empfunden. Je mehr die Erinnerung an den Krieg und der Eindruck der Niederlage verschwindet, desto stärker wird dieses Gefühl anwachsen. Niemand kann dafür; ein Verhängnis hat es so gewollt. Diejenigen Franzosen waren verblendet, die auf die Freundschaft des deutschen Volkes hofften, das ihr Schuldner geworden ist, und bei den Besiegten nicht mit dem natürlichen Wunsch rechneten, einen Vertrag zu zerreißen, der sie zwingt, 30 oder 50 Jahre zu arbeiten, um ihre Schuld abzutragen. Um sie zufriedenzustellen, müßte man ihre Schuld streichen. Aber dann wären wir es, die leiden müßten, die ruiniert wären und den Platz des Besiegten einnehmen. Und Deutschland, das dann über seine Hilfsquellen frei verfügen könnte, würde sie benützen, um die anderen Klauseln des Vertrages zu annullieren. Das ist ein *circulus vitiosus*.

Diesen 60 Millionen Menschen, Bürgern eines Landes, mußten wir nicht nur den Tribut auferlegen; man mußte auch noch berechnete und unerläßliche Vorsichtsmaßnahmen gegen sie treffen. Man mußte die Zahl der Soldaten und Kanonen festsetzen, die sie behalten durften, und damit die Souveränität des deutschen Staates beschränken. Das ist nicht alles. Neue Grenzen wurden abgesteckt, und wenn sich Deutschland vielleicht im Westen

¹ „12 bis 15 Millionen zuviel für das Gebiet“, sagt Arthur Heichen in der „Neuen Zeit“ vom 3. Oktober 1920: einige Worte, die beängstigende Horizonte eröffnen.

darein schießt, so wäre es doch sehr merkwürdig, wenn es sie im Osten für lange Zeit als endgültig betrachten würde. Dort wurden ihm seine polnischen Eroberungen weggenommen, und Preußen, das im übrigen den Gebietsstand bewahrte, den Bismarck ihm 1866 gab, wurde hier in die Lage zurückversetzt, in der es sich vor Friedrich II. befand. Königsberg ist wie im 18. Jahrhundert von Berlin abgeschnitten. An seiner Ostgrenze hat Deutschland am meisten von seinem mit Unrecht erworbenen Gebiet zurückgeben müssen; dort ist es aber auch am stärksten gegenüber jungen und unfertigen Ländern, dort, wo die großen Westmächte nicht unmittelbar eingreifen können. Das alte Preußen ist in zwei Teile geschnitten wie zu den Zeiten, wo das Deutsche Reich sich im Zustand der Kleinstaaterei befand. Schon damals hat Preußen unaufhörlich danach gestrebt, diese beiden Bruchstücke zu vereinigen. Heute gibt es keine Kleinstaaterei mehr, und nun strebt nicht nur der preußische Staat, sondern ganz Deutschland, dessen andere Teile fest zusammengeschlossen sind, natürlich danach, die Verbindung zwischen den beiden preußischen Gebietsteilen wiederherzustellen. Darin liegt ein Ansporn für die Zukunft, würde Friedrich der Große gesagt haben. Das ist nach unserer Meinung einer der größten Fehler des Friedensvertrages. Um Polen wiederherzustellen, mußte man Deutschland erst zerreißen. Aber man hätte diese Operation nicht an einer einheitlichen deutschen Nation und an einem einheitlichen deutschen Staate durchführen dürfen, wenn man wollte, daß Polen und damit das ganze durch die Friedenskonferenz errichtete europäische Gebäude in Sicherheit bestehen konnte. Stellen wir uns einen Augenblick vor, daß Frankreich besiegt worden wäre

und daß der Sieger aus irgendwelchen Gründen für gut befunden hätte, Spanien einen Korridor zu geben, der bei Bordeaux mündete und uns das Departement Basses—Pyrenées und Bayonne ließe. Wie lange würde Frankreich, vorausgesetzt, daß es eine Nation und ein Staat geblieben wäre, diese Amputation dulden? Genau so lange, wie der Sieger es dazu zwänge und wie Spanien imstande wäre, seinen Korridor zu verteidigen. Mit dem Korridor von Danzig und Ostpreußen kann es sich nicht anders verhalten.

Mit Österreich ist es ebenso. Die Logik des Nationalitätsprinzips hätte verlangt, daß die österreichischen Länder deutscher Zunge, das eigentliche Österreich, mit dem übrigen Deutschland vereinigt werden. Waren sie nicht im Jahre 1848 auf der Frankfurter Nationalversammlung vertreten? Gehörte ihre Wiedervereinigung nicht zum ältesten Programm des deutschen Liberalismus? Die Sonderentwicklung Österreichs außerhalb des Rahmens des 1871 wiederhergestellten Reiches hing an einer dynastischen Frage. Nachdem das Haus Habsburg, ebenso wie das von Hohenzollern, gestürzt und Deutschland eine freie Nation geworden war, standen dem Anschluß keine politischen Hindernisse mehr entgegen; er drängte sich den Geistern geradezu auf. Die Alliierten indessen konnten und durften die Zustimmung dazu nicht geben. Zuzulassen, daß Deutschland Österreich, wenn auch nur durch eine moralische Eroberung, annektierte, das hätte bedeutet, ihm überhaupt das Recht auf die Eroberung zuzuerkennen. Damit wäre es für die Gebiete entschädigt worden, die es an anderen Stellen verlor; man hätte es bei dem Spiel „wer verliert, gewinnt“ begünstigt und ihm geholfen, im Namen der Wilsonschen Grundsätze das Mittel-

europa zu verwirklichen, das die Alldeutschen planten. Der Anschluß ist und bleibt untersagt. Aber wie in der polnischen Frage trat hier der innere Widerspruch in gleicher Art zutage. Er liegt in den Tatsachen und den Folgen noch mehr als in den Ideen. Dieses Deutschland, dem es verboten, streng verboten ist, und zwar aus Gründen des europäischen Interesses, seine Einheit durch den Anschluß zu vervollständigen, behält andererseits diese in seinen Augen unvollendete Einheit. Es bleibt ein mächtiges Anziehungszentrum für die kleine Wiener Republik. Der Nebensatz ist von dem Hauptsatz getrennt. Und das Anhängsel besitzt keine Verteidigung, ist auf ein elendes und gefährdetes Leben beschränkt. Die österreichisch-ungarische Monarchie war noch stark genug, um 10 Millionen Deutsche außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft zu halten. Nunmehr sieht Deutschland diese Millionen von armen und naht ausgeplünderten Brüdern, die in eine paradoxe politische und geographische Lage versetzt sind, unmittelbar vor seiner Tür. Auch hier ist für 60 Millionen Deutsche die Versuchung zu stark. Der Hinweis auf die Zukunft ist also deutlich. Sie werden es uns nicht sagen, daß in ihren Augen diese Südgrenzen ebenso provisorisch sind wie die Ostgrenzen. Aber ebenso wie das befreite Polen, ebenso wie ein tschecho-slowakischer Staat voller Deutscher würde ein unabhängiges Österreich, um gefahrlos bestehen zu können, in Deutschland unabhängige deutsche Staaten voraussetzen.

*

Das sind die Bedingungen, unter denen Europa zum zweiten Male seit 1871 seine Erfahrungen mit der deutschen Einheit macht. Sowohl unter politischen wie unter psychologischen Gesichtspunkten sind die Voraussetzungen ungünstig.

Wer nicht einen Wunderglauben an den wohlthätigen Einfluß der Demokratie besitzt — einen Wunderglauben, der keine rationalen Gründe anführen kann, — wer nicht unbesehen glaubt, daß die neue Germania, von der Gnade berührt, sich zu dem Gedanken bekehrt, daß sie eine große Schuldige, eine große Sünderin sei, daß sie ihr Schicksal verdiene und gerechte Sühne leiste, ja, wer nicht glaubt, daß ein Schlag mit der Zauberrute nicht nur die deutsche Natur, sondern die Natur des Menschen und der Welt verändert hat, muß zugeben, daß alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß Deutschland den Vertrag vom 28. Juni mehr und mehr als unerträglich empfinden muß; und es ist die Pflicht der Politik, sich von solchen Wahrscheinlichkeiten Rechenschaft zu geben. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Deutschland es als seine Aufgabe empfindet, sich von dem Versailler Vertrag zu befreien und ihn zu vernichten. Und zwar mit allen Mitteln, die einem Volk von 60 Millionen bleiben können, das seine Ketten brechen will. Man braucht sich nur an die Gefühle zu erinnern, die die Verträge von 1815 in Frankreich hervorriefen und die unsere innere und äußere Politik vom Sturze Napoleons I. bis zum Aufstieg Napoleons III. bestimmt haben.

Unsere Auffassung bliebe dieselbe, auch wenn das gegenwärtige Deutschland nicht gegen den Vertrag von Versailles protestierte, seine Klauseln gutwillig und mit zerknirschem Herzen erfüllte. Weder dieser gute Wille noch diese Zerknirschung bestehen. Das macht wenig aus. Es macht auch ebensowenig aus, daß die Berliner Regierung und die öffentliche Meinung viele Male gegen den Friedensvertrag protestiert haben. Und es macht schließlich ebensowenig aus, ob diese Proteste aufrichtig waren oder nur der Stimmungsmache dienten. Ein besiegtcs Volk hat mehr als

vierundzwanzig Stunden Zeit, um seine Richter zu verfluchen. Was wir hier zugrunde legen und was die Politik in Wirklichkeit allein zugrunde legen darf, das ist die Lage an und für sich. Es handelt sich um ein Problem des Kräfteverhältnisses und der Mechanik.

Das Kräfteverhältnis ist nicht so festgelegt, daß die unerläßlichen Bedingungen für eine wirkliche Befriedung erfüllt sind. Die Bedingungen für eine Ausöhnung zwischen Frankreich und Deutschland sind ebensowenig gegeben. Die Franzosen können auf die Tributschuld nicht verzichten. Die Deutschen halten den Tribut für ungeheuerlich und erkennen seine Begründung nicht an. Auf welchem Gebiet könnte es da eine Verständigung geben? Es ist außerdem wenig glaublich, daß Deutschland seine Ost- und Südgrenzen als endgültig anerkennt. Wie kann man sich auf französischer Seite in dem Vertrauen wiegen, die politischen Rivalitäten seien beendet?

Das Hindernis für das Entstehen freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern liegt nicht so sehr in den blutigen Erinnerungen und den Rachegefühlen, die der Krieg hinterlassen hat, als in den Bestimmungen des Friedensvertrages. Der Franzose ist nicht rachsüchtig. Er schließt sich leicht an. Es ist sogar einer seiner Charakterzüge, daß er es liebt, geliebt zu werden, und daß er schmerzlich überrascht ist, wenn er merkt, daß er nicht geliebt wird. Während sehr langer Zeit haben die Franzosen und eine große Zahl Deutscher in früheren Zeiten in herzlicher Freundschaft miteinander gelebt, so daß sie sich sogar oft unter den gleichen Fahnen geschlagen haben. Wir haben das schon früher erwähnt; der Name des Marschalls von Sachsen, der ebenso in der Kriegsgeschichte wie in der Literatur berühmt ist, mag diese Epoche illustrieren. Es gibt also zwischen den Franzosen und den Deutschen keine Unvereinbarkeit der Gemütsart

und keine Erbfeindschaft. Damit sie in guter Nachbarschaft leben, genügt es — ist aber auch erforderlich —, daß die notwendigen politischen Bedingungen für diese gegenseitige Durchdringung wiederhergestellt sind.

Leider bestehen sie nicht. Von welcher Seite soll Frankreich den deutschen Block erfassen? Der geistige Einfluß des Auslandes gleitet an einem zahlreichen und durch ein festes nationales Band geeinten Volke wirkungslos ab. Ein Kurt Eisner, ein Dr. Dorten zeigten sich der Sympathien für uns fähig. Man warf ihnen Verrat am deutschen Vaterlande vor. Kurt Eisner wurde sogar ermordet. Dr. Dorten wäre beinahe dasselbe widerfahren. Das dürfte andere nicht ermutigen.

Was bleibt uns also zu tun? Das, was wir bereits tun: unsere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, wachsam zu bleiben und unser Mißtrauen nicht zu vergessen. Mit einer ungeheuerlichen Ungerechtigkeit macht man Frankreich aus dieser Geistesverfassung einen Vorwurf. Sie ist indessen durch die Bedingungen des Friedensvertrages geschaffen und legitimiert. Diejenigen, die Frankreich des Militarismus beschuldigen, vergessen, daß wir seit zwei oder drei Generationen die kriegerischen Rüstungen nur ungerne tragen, wie wir sie niemals gewünscht haben, sondern daß nur eine mangelhafte Organisation Europas sie uns immer noch auferlegt. Kein vernünftiger Mensch hat es jemals für gut und wünschenswert gehalten, daß die Franzosen und die Deutschen durch Jahrhunderte hindurch wie Hund und Kaze miteinander leben müssen. Aber es wird so bleiben, solange die für eine Versöhnung günstigen Umstände nicht eingetreten sind. Und sie können nicht eintreten, solange das Deutsche Reich bleibt, was es ist. Frankreich und Deutschland bleiben zur Gegnerschaft verurteilt. Das ist keine Frage der Moral, sondern eine Frage der Politik. Der Vertrag von Versailles hat sie genau so gestellt wie der Friede von Frankfurt.